Wenn dieser Newsletter nicht richtig angezeigt wird, klicken Sie bitte hier.

BERLINKOMPAKT

NEUES AUS DEM BUNDESTAG UND DEM WAHLKREIS

Newsletter von Sabine Dittmar, Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 248

Ausgabe 6/2023

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als ein Jahr dauert der Krieg in der Ukraine schon an. Er bedeutet unfassbares Leid, Tod und Zerstörung für viele Ukrainer:innen. Aber auch für uns alle stellt der russische Überfall einen tiefen Einschnitt in die europäische Sicherheitsordnung dar. Wir werden die Ukraine auch weiter unterstützen – finanziell, humanitär und militärisch. Zugleich halten wir alle diplomatischen Kanäle offen, damit der Krieg ein Ende findet. Das gelingt uns aber nur, wenn wir China und die Länder des Globalen Südens eng einbinden. Genau das tut die Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz.

Im Plenum haben wir diese Woche auch die Wahlrechtsreform auf den Weg gebracht. Wir setzen damit ein maßgebliches Vorhaben des Koalitionsvertrages um. Wir haben versprochen, das Wahlrecht zu reformieren und den Bundestag dauerhaft zu verkleinern. Mit unserem Vorschlag legen wir eine künftige Regelgröße von 630 Abgeordneten fest. Mit aktuell 736 Abgeordneten haben wir eine Rekordanzahl erreicht, die deutlich über der Regelgröße liegt. Künftig wird es keine Überhang- und keine Ausgleichsmandate mehr geben. Jede Stimme zählt gleich viel. Wir behalten die Bezeichnung Erst- und Zweitstimme bei, zudem wird es eine einfache Fünf-Prozent-Hürde geben, die Grundmandatsklausel fällt also künftig weg.

Das Wahlrecht ist in unserer parlamentarischen Demokratie ein hohes Gut – politisch wie rechtlich. Jede Reform muss rechtssicher und fair sein. Das neue Wahlrecht ist einfacher und gerechter und die angestrebte Kürzung betrifft alle Fraktionen gleichermaßen. Unserem Vorschlag ging ein intensiver, offener Diskussions- und Beratungsprozess voran, auch Ergebnisse der öffentlichen Sachverständigenanhörung im Bundestag wurden einbezogen. In den vergangenen Wahlperioden ist jede Reform am Widerstand der Union gescheitert. Und auch dem nun vorgelegten Vorschlag konnten CDU/CSU nicht zustimmen. Nun zeigen wir, dass wir Reformen verabschieden können, die uns selbst betreffen, und setzen ein wichtiges Zeichen gegen die um sich greifende Politikverdrossenheit.

Die Schließung von 52 Galeria-Warenhäusern ist eine bittere Nachricht für tausende Beschäftigte bundesweit – und für viele Innenstädte, zum Beispiel auch in Schweinfurt und Coburg, denn die Kaufhäuser waren fester Bestandteil der Fußgängerzonen. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil hat bereits klargemacht, dass wir solidarisch an der Seite der Arbeitnehmer:innen stehen und ihnen mit unseren Möglichkeiten dabei helfen werden, möglichst schnell eine neue Beschäftigung zu finden. Vor allem der Eigentümer ist nun gefragt, seine Beschäftigten auf diesem schwierigen Weg zu begleiten. Der Weg über eine Transfergesellschaft erscheint uns dabei der Richtige zu sein. Für die verbliebenen Kaufhäuser muss schnell ein tragfähiges Zukunftskonzept ausgearbeitet werden, damit die rund 11 000 Arbeitsplätze in den verbleibenden Warenhäusern eine sichere Perspektive erhalten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Lesen meines Newsletters und freue mich über Anregungen und Feedback!

Ihre

Soziale Politik für Dich

Endgültig Grünes Licht für das 49-Euro-Ticket!

Grünes Licht für einen günstigen öffentlichen Nahverkehr: Diese Woche haben wir im Bundestag die Finanzierung des Deutschlandtickets beschlossen. Damit kann die deutschlandweite ÖPNV- und Regio-Flat am
1. Mai für 49 Euro im Monat starten. 1,5 Milliarden Euro bekommen die Länder dafür jährlich vom Bund.

Als nächstes muss der Bundesrat zustimmen. Das soll bis Ende März geschehen. Dann kann das Deutschlandticket ab April 2023 im Abo gekauft werden. Es ist ab Mai gültig, monatlich kündbar und wird - neben den Varianten digital (mit einer App) und als Chipkarte übergangsweise auch in Papierform angeboten. Gerade das war mir besonders wichtig, weil noch immer viele Menschen keinen Zugang zum Internet haben. Auch sie müssen das Deutschlandticket erwerben können.Mit dem Ticket können Busse und Bahnen im gesamten Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland genutzt werden.

Das Deutschlandticket revolutioniert den öffentlichen Nahverkehr. Mit dem Ticket wird Mobilität nachhaltiger und für viele Menschen bezahlbarer. Es ist eine wichtige Entlastung für viele Pendler:innen und ein wegweisender Baustein für die Mobilitätswende. Zudem "entforsten" wir den Tarifdschungel mit einer Lösung, bei der niemand mehr auf Zonen, Tageszeiten oder Verkehrstage achten muss.

Demokratieförderung noch besser finanziell unterstützen

Die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von rechts. Wir halten dagegen! Mit einem Demokratiefördergesetz schaffen wir erstmals die gesetzliche Grundlage dafür, dass der Bund eigene Maßnahmen zur Demokratieförderung und Extremismusprävention ergreifen und Projekte längerfristig finanzieren darf. Das ist eine wichtige Nachricht für viele Vereine und Verbände, die sich für die Gemeinschaft und ein gutes Miteinander einsetzen.

Konkret geht es um Projekte zur Demokratieförderung, zur Stärkung gesellschaftlicher Vielfalt sowie zur Extremismusprävention vor Ort. Bislang konnten Projekte nur für eine begrenzte Zeit gefördert werden, weil es keine Grundlage für die längerfristige Förderung gab. Einen Anspruch auf Förderung begründet das Gesetz nicht, es ermöglicht geförderten Projekten aber, verlässlicher und langfristiger zu planen.

Aktuell fördert der Bund zahlreiche Projekte mit steigenden Mitteln. Standen 2016 für die beiden größten Bundesprogramme „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ noch 62,5 Millionen Euro bereit, so sind es in diesem Jahr schon 182 Millionen Euro. Gefördert werden ganz unterschiedliche Projekte: Beispielsweise pädagogische Formate gegen Hass im Netz, Angebote gegen Ausgrenzung in Ausbildung und Beruf, Beratungsstellen im Bereich islamistischer Extremismus oder präventiv-pädagogische Angebote für inhaftierte jugendliche Straftäter:innen. Die geförderten Projekte und Programme werden auch weiterhin wissenschaftlich begleitet, um sie auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu prüfen.

Reform der

Unabhängigen Patientenberatung

Der Bundestag hat in dieser Woche die Reform der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland (UPD) beschlossen. Damit wird der Grundstein für die Neustrukturierung der UPD als Stiftung bürgerlichen Rechts zum 1. Januar 2024 gelegt. Eine wichtige Entscheidung für die Rechte der Patient:innen in Deutschland. Wir setzen den Grundstein für eine UPD, die für die Menschen da ist – vor Ort, am Telefon und online. Patient:innen brauchen eine Anlaufstelle, die sie kompetent in allen Fragen rund um ihre Gesundheit berät. Nur mit einem starken Partner können sie Leistungserbringern und Kassen auf Augenhöhe entgegentreten. Mit dem Gesetz wird die UPD in eine staatsferne und unabhängige Struktur unter Beteiligung der maßgeblichen Patientenorganisationen überführt. Die Ausgestaltung der Stiftung stellt zudem sicher, dass Brüche in der Beratung nicht mehr vorkommen und privatwirtschaftliche Interessen außen vor bleiben.

Mit dem Gesetz zur Gründung einer Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschlands wurden auch weitere wichtige Schritte im Gesundheitssektor vom Bundestag auf den Weg gebracht.

Bei der Blut- und Plasmaspende erfolgen Neuerungen zur Modernisierung und Erhöhung des Spendenaufkommens: Der Einsatz von telemedizinischen Verfahren bei der ärztlichen Betreuung der Blutspende wird ermöglicht. Die Höchstaltersgrenze für Blutspender wird aufgehoben. Die Zurückstellung von spendewilligen Personen aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität wird ad acta gelegt. Stattdessen erfolgt die Spenderauswahl auf Grundlage einer individuellen Risikobewertung.

Mit dem Änderungsantrag zur Entbudgetierung der Leistungen der Kinder- und Jugendmedizin in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ist ein Durchbruch für die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gelungen. Die Kinder- und Jugendmedizin wird von mengenbegrenzenden Maßnahmen der Honorarverteilung ausgenommen und Budgets werden ausgesetzt. Darüberhinaus werden künftig die Grundversorgung sowie ausgewählte diagnostische und therapeutische Leistungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu festen Preisen der regionalen Euro-Gebührenordnungen vergütet. Die Wartezeiten auf Arzttermine für gesetzlich Versicherte werden hierdurch deutlich verringert und die medizinische Versorgung der Kinder und Jugendlichen nachhaltig verbessert. Gleichzeitig steigt hierdurch die Attraktivität für Kinderärzte sich niederzulassen.

Brennpunkt Onkologie der Deutschen Krebsgesellschaft

Die enorme Bedeutung von ambulanten Krebsberatungsstellen stand beim "Brennpunkt Onkologie" der Deutschen Krebsgesellschaft Anfang der Woche im Mittelpunkt der Diskussion. Mit der im Nationalen Krebsplan festgelegten und inzwischen eingeführten Regelfinanzierung für ambulante Krebsberatungsstellen, haben wir erreicht, dass diese wichtigen Anlaufstellen für Betroffene nicht mehr um ihre Existenz bangen müssen. Die gesetzlichen Vorgaben sehen eine anteilige Förderung der Krebsberatungsstellen durch die Krankenkassen von 80 Prozent vor. Die weitere Finanzierung soll durch Länder und Kommunen sowie durch Spenden erfolgen. Mit dieser maximalen Fördersumme können sowohl die bestehenden Strukturen gefördert als auch ein weiterer Ausbau ermöglicht werden. Das gilt insbesondere für Regionen, in denen bisher noch vergleichsweise wenige Krebsberatungsstellen vorhanden sind.

So berichtet die Deutsche Krebsgesellschaft über den Brennpunkt Onkologie!

Besuch beim Parlamentskreis Fahrrad

Der Parlamentskreis Fahrrad hat sich in dieser Woche mit dem Thema "Das Fahrrad als Mittel zur Gesundheitsförderung" befasst. Gerne habe ich dort mit einem Impulsvortrag zur Diskussion beigetragen. 98 Prozent der Deutschen können Radfahren - aber noch immer nutzen viele Menschen auch für kurze Strecken lieber das Auto! Dabei ist Fahrradfahren äußerst gesund. Schon zehn Kilometer Radfahren am Tag erfüllen die WHO-Empfehlung zur Mindestaktivität. Für viele von uns entspricht diese Distanz dem täglichen Arbeitsweg. Der Einfluss von regelmäßiger körperlicher Aktivität auf die Gesundheit ist wissenschaftlich sehr gut belegt. Bewegung wirkt in jedem Alter gesundheitsfördernd und trägt dazu bei, viele der im Alter vermehrt auftretenden Erkrankungen zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Gleichzeitig haben körperliche Aktivität und der Ausbau motorischer Fähigkeiten positive Effekte auf die Funktion des menschlichen Gehirns.

Betriebsrät:innen der Deutschen Post bei der SPD-Landesgruppe

Wir haben uns vorgenommen, das Postgesetz in dieser Wahlperiode zu reformieren und dabei sozial-ökologische Standards weiterzuentwickeln sowie den fairen Wettbewerb zu stärken. Erste Eckpunkte liegen jetzt vor, die auf dem Weg zu einem Gesetzesentwurf intensiv diskutiert werden. Auch aus diesem Grund hat die SPD-Landesgruppe Betriebsrät:innen sowie Leitungskräfte der Niederlassungen der Deutschen Post aus Bayern zusammen mit Dr. Tobias Meyer, den zukünftigen Vorstandsvorsitzenden und aktuelles Mitglied des Vorstands der Deutschen Post DHL Group, zu einem interessanten Gedankenaustausch eingeladen.

Einen ausführlichen Text über das Treffen gibt es hier!

"Ein Abend mit dem Kissinger Sommer"

Auf einer kleinen "Tournee" quer durch Deutschland machten die Verantwortlichen des Kissinger Sommers um den Intendanten Alexander Steinbeis in dieser Woche auch in Berlin Station. Am Dienstagabend wurde das Programm, das 2023 unter der Überschrift "La dolce vita" steht, in der Bertelsmann Repräsentanz vorgestellt. Ein schöner Abend, an dem wieder einmal klar wurde, dass es dem Team des Kissinger Sommers erneut gelungen ist, die Creme de la Creme der klassischen Musik vom 16. Juni bis zum 16. Juli in die Thermalbadstadt zu holen. Ich freue mich drauf und werde auch wieder das eine oder andere Konzert besuchen.

Einen Überblick über das Programm und die Geschichte des Kissinger Sommers gibt es hier!

Kino zum Weltfrauentag brachte 400 Euro Spenden fürs Frauenhaus

Kino zum Weltfrauentag im Capitol-Theater Kino Zeil hat Tradition. Danke, dass auch diesmal wieder so viele dabei waren und gemeinsam 400 Euro fürs Schweinfurter Frauenhaus gespendet haben. Danke auch an das tolle Essen, das iranische Frauen zubereitet haben. Es war extrem lecker! Mit dem Film "Morgen sind wir frei" hat Initiatorin johanna.bamberg.reinwand eine gute Wahl getroffen. Ein bewegender Streifen, der die Geschichte einer Familie, die 1979 nach dem Abgang des Schahs aus der DDR in den Iran kommt, um dort frei leben zu können. Ein Irrglaube! Auch wenn die Story 43 Jahre alt ist, hat sie von ihrer Aktualität nichts eingebüßt. Noch immer werden Frauen im Iran unterdrückt und gedemütigt. Mutig gehen sie seit einigen Monaten für mehr Gleichstellung und ihre Rechte auf die Straße. Dafür haben sie unseren Respekt, aber auch unsere Unterstützung verdient. Wir können helfen, indem wir die Gewalt gegen Frauen im Iran, aber auch anderswo, immer wieder thematisieren. Und das nicht nur zum Weltfrauentag!

So berichtet die Mainpost über den Kinoabend!

Taufpatin der Otto-Nickl-Aula im BBZ Münnerstadt

Es war eine große Ehre für mich, dass ich beim Doppeljubiläum des BBZ in Münnerstadt als Taufpatin für die Otto-Nickl-Aula fungieren und an den Schulgründer und langjährigen Schulleiter erinnern durfte, den ich als Schülerin auch noch selbst erlebt habe und der einst auch meine Mutter unterrichtet hatte! Otto Nickl ist nicht nur Gründer, er hat seine Schule auch geprägt! Seine Idee von Wertschätzung und einem Miteinander ist auch heute, nach 70 Jahren. noch immer fester Bestandteil der Schulphilosophie und auch einer der Gründe, warum ich auch mehr als 40 Jahre nach meiner Ausbildung zur Kinderpflegerin immer wieder gerne ins BBZ zurückkehre!

So berichtete die Mainpost über die Taufe
Es gab auch Berichte über das Doppeljubiläum 70 Jahre BBZ und 50 Jahre Faks.

Vorstandssitzung der UnterfrankenSPD im Stadtwerk Haßfurt

Parteiarbeit am Wochenende! Am Samstag nach der sitzungsfreien Woche ging es bei der Bezirksvorstandssitzung der Unterfranken-SPD um die Organisation des Landtagswahlkampfs und um aktuelle politische Themen. Getroffen haben wir uns im Stadtwerk Haßfurt. Das ist ebenso wie das Kommunalunternehmen GUT ein echter Vorreiter in Sachen Energiewende. Hier hat man jede Menge gute Ideen, die sinnvoll in die Tat umgesetzt werden.

Im Vorfeld der Sitzung stand auch eine Besichtigung des Stadtwerks auf dem Programm. Einen Bericht findet Ihr hier.

Fastenpredigt in Schwanfeld

Einen ungewöhnlichen Termin, den ich in dieser Art noch nie zuvor hatte, durfte ich in Schwanfeld absolvieren. Pfarrer Volker Benkert von der Pfarreiengemeinschaft Luisenhöhe hatte mich eingeladen, in der Kirche St. Michael eine Fastenpredigt zu halten. Bereits seit Jahren gibt es diese Reihe, in der in der Fastenzeit prominente Redner aus Politik und Gesellschaft zu den Gläubigen "predigen". In diesem Jahr sind neben mir zum Beispiel auch Eberhard Schellenberger vom Bayerischen Rundfunk oder Ludwig Spaenle dabei. Mein Thema war die Frage, wie Corona unsere Gesellschaft verändert hat. Es war sehr interessant, einmal zu einem ganz anderen Publikum und aus einer ganz anderen Perspektive zu sprechen.

---

16. Notfallmedizinisches Forum am Rhön-Klinikum

Beim 16. Notfallmedizinischen Forum im Rhön-Klinikum stand am vergangenen Wochenende die Zukunft der Notfallmedizin im Mittelpunkt. Gut 600 Teilnehmer:innen aus ganz Deutschland – Ärztinnen und Ärzte, Rettungsdienstmitarbeitende und medizinisches Fachpersonal – informierten sich in Fachvorträgen, Workshops und Fallvorstellungen über Probleme und mögliche Lösungsansätze im Bereich der Notfallmedizin. Ich durfte an einer Podiumsdiskussion zum Thema "Notfallversorgung am Limit" teilnehmen. Dabei wurde eines deutlich - es muss an einigen Stellschrauben gedreht werden und auch die Patient:innen sind in der Pflicht. Leider rufen noch immer zu viele die 112 in Fällen, in denen es eigentlich keine Notfallversorgung braucht. (Foto: MP/Martina Müller)

So berichtet die Mainpost über das Notfallmedizinische Forum und die Podiumsdiskussion.
Einen Bericht des Bayerischen Rundfunks über das Forum gibt es hier.

Termine im Wahlkreis

Kontakt

Team Bundestag

Abgeordnetenbüro Berlin
Telefon: 030 227-71810
sabine.dittmar@bundestag.de

Michael Frank - Büroleitung
Telefon: 030 227-71810

Markus Giesecke
Telefon: 030 227-71811

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Team Wahlkreis

Bürgerbüro Bad Kissingen
Telefon: 0971 6994949
sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Karen Pohle - Büroleitung
Telefon: 0971 6994949

Carolin Schiefer
Telefon: 0971 6994949

Spargasse 10
97688 Bad Kissingen

Bürgerbüro Haßfurt
Telefon: 09521 5048809
sabine.dittmar.ma07@bundestag.de

Marco Heumann

Telefon: 09521 5048809

Marktplatz 6
97347 Haßfurt

Aufgeschnappt!
Das Zitat der Woche

„Und dieser große Umbruch wird gut ausgehen - für uns hier in Deutschland, für uns in Europa. Und schlecht für die AFD - weil das Geschäftsfeld weg ist!“

Bundeskanzler Olaf Scholz
in seiner Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 16. März im Deutschen Bundestag

Die gesamte Rede im Video und eine Zusammenfassung gibt es hier!

Abgehört!
SPD für die Ohren

Derya Türk-Nachbaur hat politische Patenschaften für zwei Iraner übernommen und kämpft als Mitglied des Menschenrechtsausschusses leidenschaftlich für Frauenrechte weltweit. Im Podcast erklärt sie, wie wir die Revolution im Iran unterstützen können und was feministische Außenpolitik ausrichten kann. Außerdem erzählt die vierfache Mutter, die zwei ihrer Kinder alleine großgezogen hat, was sie Männerclubs im Bundestag entgegensetzt.

Hier geht's zum Podcast

Datenschutz | Kontakt

Impressum

Sabine Dittmar, MdB
Bürgerbüro
Spargasse 10
97688 Bad Kissingen
fon +49-0-971-6994949
fax +49-0-971-6994950
E-Mail: sabine.dittmar.wk@bundestag.de

Newsletter weiterempfehlen

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.